

Ressort: Politik

Nahles legt Entwurf für Tarifeinheitgesetz vor

Berlin, 27.10.2014, 18:45 Uhr

GDN - Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat einen Entwurf für ein Tarifeinheitgesetz vorgelegt: Darin ist laut F.A.Z. (Dienstagsausgabe) eine neue Mehrheitsregel vorgesehen, die stärkere Anreize für eine friedliche Lösung von Streitigkeiten zwischen konkurrierenden Gewerkschaften schaffen soll. Eine ausdrückliche Begrenzung des Streikrechts sieht der demnach Gesetzentwurf nicht vor.

"Der Gesetzgeber wird sich auch künftig nicht anmaßen, direkt in Tarifaueinandersetzungen einzugreifen", sagte Nahles der F.A.Z. "Oberstes Ziel des Gesetzentwurfs, den ich in dieser Woche in die Ressortabstimmung geben werde, ist eine Stärkung der Tarifautonomie." Im Kern solle die geplante Neuregelung einen "Konfliktlösungsmechanismus" für Fälle sogenannter Tarifkollisionen schaffen. Dies sind Konflikte wie derzeit bei der Deutschen Bahn, wo die Lokführergewerkschaften GDL einen eigenen Tarifvertrag für Zugbegleiter durchsetzen will, der vom Tarifvertrag der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG abweichen würde. Falls zwischen den konkurrierenden Gewerkschaften keine andere Einigung gelingt, wären "nur die Rechtsnormen des Tarifvertrags derjenigen Gewerkschaft anwendbar, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat", wie es laut F.A.Z. in dem Gesetzentwurf heißt. Im Gegenzug sollen der unterlegenen Gewerkschaft unter anderem neue gesetzliche Anhörungsrechte eingeräumt werden. Die Arbeitsministerin rechnet damit, dass diese Regelung Tarifkonflikte befrieden kann, obwohl ihr Gesetzentwurf keine ausdrückliche Regelung zum Streikrecht enthält. Zwar werde es wie bisher in den Händen der Arbeitsgerichte liegen, im Einzelfall abzuwägen, ob ein Streik zulässig sei. Doch würden die Gerichte künftig "in diese Beurteilung mit einbeziehen, ob der strittige Tarifvertrag überhaupt angewendet werden könnte", sagte Nahles der Zeitung. "Die Gerichte werden also auch schauen, ob dieser spezielle Streik vor diesem Hintergrund verhältnismäßig ist." Die Arbeitsministerin räumte ein, dass das geplante Gesetz auf Tarifkonflikte wie derzeit bei der Lufthansa voraussichtlich keinen direkten Einfluss haben werde. Denn dort machen sich etwa die Pilotenvereinigung Cockpit und die Gewerkschaft Verdi ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche bisher nicht streitig. "In der Tat scheint es dort derzeit keine Tarifkollision zu geben, die mit der Mehrheitsregel aufzulösen wäre", sagte Nahles. Allerdings biete das geplante Gesetz der ganzen Wirtschaft Vorteile. "Das Gesetz begünstigt friedliche Wege der Konfliktlösung und wirkt der Gefahr einer weiteren Zersplitterung, einer weiteren Spaltung von Belegschaften entgegen", sagte die Ministerin. Nahles' Zeitplan zufolge soll das Bundeskabinett den Gesetzentwurf am 3. Dezember verabschieden. "Ich denke, dass das Gesetz spätestens im Sommer kommenden Jahres in Kraft treten kann", sagte sie der F.A.Z. Zugleich zeigte sie sich zuversichtlich, dass auch die Union das Gesetz unterstützen werde. Sie habe den Entwurf auf Grundlage des Koalitionsvertrags in enger Abstimmung mit Justiz- und Innenministerium und mit dem Bundeskanzleramt erarbeitet. "Daher weiß ich, dass die Bundeskanzlerin das Vorhaben klar unterstützt", sagte sie.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-43547/nahles-legt-entwurf-fuer-tarifeinheitgesetz-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619